

Heike Holbig

Die Ideologie ist tot, es lebe die Ideologie!

Die KPCh versucht sich an der Modernisierung des Marxismus

Knapp zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges besteht in China noch immer ein sozialistisches Ein-Partei-System. Doch dieses gerät unter Legitimitätsdruck, sodass die KP die Ideologie gegenüber demokratischen Elementen öffnet.

Heike Holbig

(* 1967) ist wissenschaftliche Referentin für die Politik Chinas am *German Institute for Global and Area Studies* in Hamburg. Zuletzt erschien ihr Beitrag »Sinisierung der Demokratie. Chinas Führung setzt auf eigene Werte« in der Reihe *GIGA Focus Asien*.
holbig@giga-hamburg.de



Hu Jintao, der Ende 2002 als Generalsekretär der KPCh und kurz danach auch als Staatschef das Heft in die Hand genommen hatte, läutete seine erste Amtszeit mit Wallfahrten zu heiligen revolutionären Stätten und Fototerminen mit Bauern, Bergarbeitern und anderen Vertretern der werktätigen Massen ein. Deren Belange waren unter der eliteorientierten Politik seines Vorgängers Jiang Zemin zunehmend aus dem Blick geraten. Unter der betont populistischen Führung Hu Jintaos startete die KPCh Anfang 2005 in ihren Reihen die größte ideologische Erziehungskampagne seit Einleitung der Wirtschaftsreformen 1978, die alle – damals knapp 70 Mio. – Parteimitglieder von den zentralen Partei- und Regierungsbehörden bis hinunter an die städtische und ländliche Basis zu durchlaufen hatten. Ziel der 18-monatigen Kampagne war es, die Parteimitglieder ideologisch zu stählen, »verlorene Schafe«, die auf dem Weg in die Marktwirtschaft abhanden gekommen waren, wieder aufzuspüren und die organisatorische Kohäsions- und Schlagkraft der Partei zu erhöhen. Ende 2005 wurde an der renommierten Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften eine eigenständige »Akademie für Marxis-

mus« gegründet, deren Aufgabe es seither ist, den Marxismus theoretisch zu erneuern. Mehrere Hundert Mio. RMB (*Renminbi* = »Volkswährung«) soll das Politbüro bereit gestellt haben, um Tausende von Akademikern und Parteiideologen landesweit mit der Produktion innovativer theoretischer Beiträge und neuer marxistischer Lehrbücher zu betrauen. Von einem modernisierten Marxismus erhofft man sich eine neue Integrationsideologie für die moderne chinesische Gesellschaft. Mehr oder weniger offen kokettiert man auch mit einer internationalen Vorreiterrolle, wenn es gilt, die marxistische Theorie für marktwirtschaftliche Verhältnisse fit zu machen. Im jüngsten Parteitagebericht vom Oktober 2007 wurde die »Sinisierung des Marxismus« programmatisch festgeschrieben.

Was ist der Hintergrund für diese Renaissance des Marxismus? Welche Funktionen übernimmt die Ideologie im gegenwärtigen China? Und welche Rückschlüsse lassen sich daraus für die weitere Entwicklung des politischen Systems ziehen?

Zunächst ist zu konstatieren, dass der Kollaps des Kommunismus in Osteuropa keineswegs spurlos an der KPCh vorbeigegangen ist. Das Schicksal der Sowjetunion dient vielmehr als viel zitiertes Negativbeispiel, aus dem die Volksrepublik bis heute ihre Lehren zieht. Das Primat wirtschaftlicher vor politischen Reformen ist dabei nur ein Teil der Lektion. Ein anderer Teil ist, die Kerngehalte sozialistischer Ideologie, die die Führungsposition der Kommunistischen Partei und ihre zentrale Rolle als Garant wirtschaftlicher Entwick-

lung begründen, nicht leichtfertig über Bord zu werfen, wenn man nicht eine Abwärtsspirale politischer Glaubwürdigkeit riskieren will.

Aber auch im eigenen Land gibt es zahlreiche Gründe, die die Partielite trotz der enormen wirtschaftlichen Erfolge um ihren Machterhalt und um die Legitimität des Ein-Partei-Regimes bangen lässt. So werden im Kreise politischer und intellektueller Eliten seit einigen Jahren die Schattenseiten des Deng Xiaoping'schen Wirtschaftswunders nicht nur sorgenvoll benannt, sondern durch sozialwissenschaftliche Expertise auch kenntnisreich illustriert. Themen sind u.a. das wachsende Einkommensgefälle, die ökologischen Katastrophen im Gefolge des ungebremsten Wirtschaftswachstums, die sinkende Überzeugungs- und Mobilisierungskraft althergebrachter Ideologie und die weit verbreitete Korruption in Partei- und Regierungskreisen, die durch die Privatisierung bislang staatlichen Eigentums Vorschub erhält.

Angesichts dieser vielfältigen Bedrohungen der Legitimität der KPCh – manche sprechen gar von einer Legitimitätskrise – hat sich die Partielite in den letzten Jahren bewusst gemacht, wie brüchig eine nur durch Performanz, vor allem durch wirtschaftlichen Erfolg gewonnene Legitimität im Zweifelsfall sein kann. Neben der weiteren Verbesserung des materiellen Wohlstands wird vorsichtigen institutionellen und rechtsstaatlichen Reformen, vor allem aber ideologischen Innovationen große Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Regimelegitimität zugeschrieben.

Dabei vollführt die Parteiführung eine Gratwanderung. Gerade im Prozess beschleunigter sozialer Transformation, den die Volksrepublik nun im dritten Jahrzehnt durchläuft, kommt der Ideologie eine zwiespältige Aufgabe zu. Einerseits ist ideologische Kontinuität gefragt, um die gesellschaftlichen Erwartungen, die in solchen Prozessen mit einer fundamentalen Unsicherheit behaftet sind, zu stabilisieren. Ins-

besondere geht es dabei auch darum, eine Wahrnehmung ausreichend stabiler politischer Institutionen zu erzeugen, die in der Lage sind, zwischen Gewinnern und Verlierern der Transformation einen Ausgleich zu schaffen. Andererseits ist eine ausreichende ideologische Flexibilität nötig, um veraltete Dogmen an sich verändernde soziale Werte und Interessen anzupassen und damit ihre Legitimationsfunktion zu erhalten.

Reformen von »wissenschaftlicher Werte« aus

Konkret wartete die KPCh in den letzten Jahren mit zahlreichen neuen ideologischen Formeln auf, die den gemeinsamen Anspruch haben, dem Marxismus treu zu bleiben, ihn aber unter Berücksichtigung chinesischer Eigenheiten zugleich weiterzuentwickeln. Mantren eines »sinisierten Marxismus« sind etwa die »Dreifache Vertretung«, mit der die KPCh seit 2001 ihre Türen offiziell für Privatunternehmer geöffnet hat, oder die »harmonische sozialistische Gesellschaft«, die konfuzianische Anklänge einer patriarchalischen Gesellschaftsordnung mit eher neoliberalen Vorstellungen von Chancengerechtigkeit und der Übernahme individueller Eigenverantwortung verbindet. Ebenso wie beim so genannten »wissenschaftlichen Entwicklungskonzept«, das sozialen und ökologischen Belangen Vorrang vor quantitativen Wachstumszielen gibt, rechtfertigt die Formel der »harmonischen Gesellschaft« treu der zugrunde liegenden marxistisch-leninistischen Logik jedoch vor allem die Aufrechterhaltung des Erkenntnis- und Führungsmonopols der KPCh. Denn es ist die Partei, der die ehrenvolle Aufgabe zukommt, gesellschaftliche Widersprüche zu erkennen und zu harmonisieren, für sozialen Ausgleich bei anhaltend hohem Wirtschaftswachstum zu sorgen, kurz: von erhöhter »wissenschaftlicher« Werte aus

das Land der verheißungsvollen Zukunft einer modernen Wohlstandsnation entgegenzuführen.

In gewisser Weise steckt die ideologische Reform damit zugleich die Grenzen institutioneller Reform des chinesischen Ein-Partei-Regimes ab. Verwaltungsreformen, die auf dem XI. Nationalen Volkskongress im März 2008 in eine neue Runde gingen, sind probate Maßnahmen, um die Effizienz und Legitimität des Parteistaats zu erhöhen. Große Bereitschaft zeigt die Partei für die Stärkung rechtsstaatlicher und parlamentarischer Kontroll- und Überwachungsmechanismen, nicht zuletzt, um der verbreiteten Korruption Herr zu werden. Auch die Einführung von Elementen einer »innerparteilichen Demokratie«,

»konsultativen Demokratie« oder »Basisdemokratie«, sprich Konkurrenzahlen an der dörflichen und städtischen Basis, ist ein anerkanntes Rezept, um die politischen Partizipationsmöglichkeiten inner- und außerhalb der Partei und damit die Legitimität der Parteiherrschaft zu verbessern. Politisch kaum denkbar sind hingegen Reformschritte liberaldemokratischen Zuschnitts, die den Führungsanspruch der KPCh in Frage stellen würden, wie etwa die Durchsetzung echter Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit. Die Zulassung einer Mehrparteienkonkurrenz wird von der Parteiführung rundheraus abgelehnt. Mit der Entscheidung für einen insinuierten Marxismus scheint auch die Entscheidung für eine insinuierte Demokratie gefallen.

Bettina Gransow

Wanderarbeiter und soziale Sicherheit

Chinas soziales Sicherungssystem unterscheidet stark zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Diese in einem einheitlichen System zu integrieren ist eine wichtige Aufgabe, nicht zuletzt, weil die zahlreichen Wanderarbeiter nicht berücksichtigt werden. Erste Schritte in diese Richtung sind getan, die Umsetzung ist allerdings noch mangelhaft.

Bettina Gransow

(* 1949) ist Hochschullehrerin am Ost-asiatischen Seminar und am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Zuletzt erschien in China aktuell, Heft 1/2008, der Aufsatz *Zwischen Informalisierung und Formalisierung. Migration, Stadtentwicklung und Transformation im Perlflossdelta*.
bgransow@zedat.fu-berlin.de



Für diejenigen, die China aus den Medien bisher vor allem als ein Land des skrupellosen Turbo-Kapitalismus wahrgenommen haben, dessen glitzernde Olympia-Fassaden mit dem Schweiß entrechteter Wanderarbeiter aus dem Boden gestampft wurden, mag es überraschend klingen: Mit Beginn des Jahres 2008 ist in China ein neues Ar-

beitsvertragsgesetz in Kraft getreten, das ausgesprochen arbeitnehmerfreundliche Regelungen zu Arbeitsverträgen und Kündigungsschutz enthält – so arbeitnehmerfreundlich, dass sie schon im Vorfeld für Aufregung und einschlägige Reaktionen sorgten. Die Europäische und Amerikanische Handelskammer orakelten daher, dass das Gesetz zu einer Kapitalflucht aus China führen werde. In der Tat hat inzwischen der japanische Digitalkamerahersteller *Olympus* eine seiner beiden Firmen im südchinesischen Perlflossdelta geschlossen. Aber nicht nur ausländische Firmen zeigen Reaktionen, auch Chinas größter Hersteller für Telekommunikations-Technologie *Huawei* hat reagiert und noch vor Wirksam-